

# CHRONIK DER ZEIT

---

*Die soziale und gewerkschaftliche Arbeit vollzieht sich nicht im luftleeren Raum. Alle Geschehnisse der Welt wirken auf die sozialen Verhältnisse zurück, ebenso wie alles politische und geistige Schaffen von den sozialen Ordnungen bestimmt wird. Für die Beurteilung der sozialen und gewerkschaftlichen Arbeit in aller Welt ist es daher auch notwendig, ein Bild von den Geschehnissen der Zeit insgesamt zu haben. Es soll daher in dieser Chronik der Zeit regelmäßig versucht werden, unter dem Gesichtswinkel der sozialen Politik eine Übersicht über die wichtigsten Ereignisse der letzten Wochen zu geben.*

*Die Redaktion*

## **Welt auf dem Pulverfass**

Es ist eine Selbstverständlichkeit, die man aber nie aus dem Auge verlieren darf, daß alle soziale und gewerkschaftliche Arbeit sich im Schatten einer gewaltigen internationalen Spannung vollzieht. Die Rüstungswirtschaft, deren Sektor in der Weltökonomik in einer stetigen Ausweitung begriffen ist, hat ihr eigenes soziales Gesetz. Die Verteilung des Sozialprodukts in der Welt wird nicht zuletzt von der Tatsache regiert, daß die Menschheit im gegenwärtigen Augenblick ungezählte Milliarden im Jahre für Rüstungen aufwendet. Die Rüstungswirtschaft aber ist wie ein Explosionsmotor innerhalb der Gesellschaft, und von den großen internationalen Spannungen gehen in aller Regel kraftvolle, ja häufig sozialrevolutionäre Schwingungen aus.

Der Korea-Krieg muß daher auch die gewaltigsten Rückwirkungen auf die soziale und gewerkschaftliche Arbeit der Welt haben. In der Truman-Botschaft vom 19. Juli wird eine zusätzliche Rüstung von zehn Milliarden verlangt. Das ist genau soviel wie Roosevelt nach dem Überfall der amerikanischen Flotte durch die Japaner und nach der Kriegserklärung Japans und des Deutschen Reiches verlangte. Die Welt ist in eine Ära der großen Rüstung eingetreten. Die jüngsten Rüstungsmaßnahmen der USA haben die Größenordnung eines die ganze Erde umspannenden Kampfes. Die USA verlangen auch von Europa eine verschärfte Aufrüstung. Das mühselig erlangte Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichem Aufbau und militärischer Rüstung ist erneut bedroht. Der Kuchen des Volkseinkommens, wie er aufgeteilt ist zwischen Staatsausgaben, Rüstungsausgaben, sozialen Ausgaben, Profit und Lohn usw., muß neu angeschnitten werden. An all jene, die über die Ansprüche der arbeitenden Massen zu wachen haben, sind daher in gegenwärtiger Stunde neue Anforderungen gestellt.

Es geziemt daher all denen, die beobachtend und tätig an der sozialen Politik der Welt Anteil nehmen, die internationalen Entwicklungen genau zu beobachten. Eine Anzahl von sehr ernst zu nehmenden Publizisten ist in Sorge, ob nicht der Krieg in Korea eine weltpolitische Falle ersten Ranges für die USA darstellt. Es könne, so meint man, den Sowjets durchaus darauf ankommen, die USA im Fernen Osten zu fesseln. Vielleicht will der Kreml die Vereinigten Staaten und Rot-China in einen Krieg miteinander verwickeln. Ein Angriff auf Formosa würde diesen Krieg automatisch hervorrufen, und Moskau würde schon Mittel und Wege finden, um sich dem Militärbündnis mit Mao zu entziehen, um diesen Krieg nur als „stillen Teilhaber“ mitzumachen. Dieser Krieg aber müßte ein Krieg ohne Ende sein. Der japanisch-chinesische Krieg von 1937-1945 hat es bewiesen. Er würde sich entscheidungslos in endlose Räume verlieren. Die chinesischen Massen würden sich hinter den amerikanischen Armeen immer wieder schließen, wie das Meer hinter einem Schiff. Die modernen Kriegsmittel müssen in diesem Raum versagen. Was das Menschenpotential angeht, müßten die USA immer dort unterlegen sein, wo die Erde überquillt von Hunderten von Millionen. Kommt es zu diesem Krieg, dann könnte er wie eine Saugpumpe Geld und Menschen an sich ziehen und die Wirtschaftskräfte der USA in einem geradezu gefährlichen Ausmaße beanspruchen.

Das könnte dann bedeuten, daß den USA die Kräfte fehlen, um den Kampf um Europa wahrhaft durchzustehen. Es könnte eines Tages für die USA zuviel werden, die Wirtschaftshilfe in Europa weiterhin durchzuführen. Europa aber ist der Schicksalsraum der Weltpolitik. Während in Asien kein Sieg der USA wirklich die Entscheidung bringt, könnte jede Niederlage in Europa nahezu vernichtend werden. Die Sowjetunion ist im Fernen Osten kaum ver-

wundbar. Die USA aber sind in Europa fast tödlich zu treffen.

Die USA müßten also, um dieses lebenswichtige Europa zu erhalten, eine geradezu gigantische militärische und wirtschaftliche Anstrengung auf sich nehmen, wenn sie in einen großen Krieg in Asien verwickelt würden. Das aber könnte die zweite große weltpolitische Falle der Sowjets sein. Es ist vielleicht dem Kreml darum zu tun, die westliche Wirtschaft unter die Peitsche der Rüstung zu setzen. Gerade wenn die Sowjetunion keinen Krieg will, was wahrscheinlich ist, dann sind diese Rüstungen der westlichen Welt für sie nicht so beängstigend. Sie haben aber den ungeheuren Vorteil für den Kreml, daß sie seine anderen Waffen, die politische und soziale Infiltration, ins Spiel bringen können. In dem Augenblick, daß die Welt alle Kräfte an der militärischen Front massiert, könnte dann die Sowjetunion an der sozialen Front den Durchbruch versuchen. Man soll nicht vergessen, daß die soziale Front die dritte Front des Krieges ist. Sie muß durch die Rüstung großen Ausmaßes unheilvoll entblößt und aufgerissen werden.

Es versteht sich von selbst, daß die jüngst beschlossenen Rüstungsmaßnahmen eine innere Revolution im amerikanischen Leben bedeuten müssen. Es ist wahrhaft ein geschichtlicher Augenblick im Leben der USA. Diese Milliarden-Rüstung bringt Anstöße von unabsehbarem Ausmaß in das Wirtschaftsleben und die soziale Politik der USA hinein. Schon redet man von einer Rationierung der Lebensmittel und einer Bewirtschaftung der lebensnotwendigen Güter. Das wird noch nicht kommen. Aber es ist ganz offensichtlich, daß die USA ihre großen weltpolitischen Aufgaben nicht ohne eine strategische, militärische und wirtschaftliche Planung durchführen können. Es ist ihnen die Aufgabe gestellt, das Gleichgewicht zwischen Asien und Europa zu halten, das Gleichgewicht zwischen militärischer Rüstung und wirtschaftlichem Aufbau zu erhalten, den Ausgleich zwischen den inneren sozialen Anforderungen und der eigenen Rüstung herzustellen. Die Botschaft Trumans vom 19. Juli wird also in der Geschichte als ein revolutionärer Einschnitt in die Entwicklung der USA weiterleben. Vielleicht wird man von diesem Tage an den endgültigen Niedergang der freien Wirtschaft in der Welt datieren.

Insgesamt stellen sich den Völkern neue politische und wirtschaftliche Aufgaben, nun, da es der Welt aufgegeben ist, die militärische Behauptung der freien Welt in einer Anstrengung und Anspannung der ungeheuersten Art zu vollbringen. Es wäre ein großes Unheil, wenn die Staatsmänner dieser Welt diese dritte Front, die soziale Front, außer Auge lassen würden. Die größten militärischen Siege in Asien und Europa wären sinnlos, wenn diese innere soziale Front zusammenbrechen würde. Nichts ist daher auch törichter als die Vorstellung, nun müßten all die sozialen Rücksichten weichen vor den militärischen Erfordernissen. Die soziale Politik wirkt im Gegenteil um so gebieterischer, je größere militärische Anstrengungen der freien Welt aufgezwungen werden. Man kann nicht verkennen, daß durch das Rüstungswettrennen in der ganzen Welt die sozialen Reserven der Menschheit ziemlich gefährdet sind. Es muß daher sehr viel sorgfältiger als in ruhigen Zeiten darüber gewacht werden, daß diese sozialen Reserven nicht aufgezehrt werden. Man kann von den Menschen nur eine große Anstrengung verlangen, wenn das Herz gesund ist. Der Herzschlag der freien Welt aber würde aussetzen, wenn die soziale Wohlfahrt der Welt entscheidend bedroht wäre.

### **Warnsignale in Schleswig-Holstein**

Bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen fiel die Erstarrung des politischen Lebens auf. Zwar sind „rechnerisch“ alle Koalitionen möglich geworden, aber die Wählermassen selber befinden sich offenbar dort in einem auffallenden Gleichgewicht.

Die Wahlen in Schleswig-Holstein sind in dem deutschen politischen Leben fast eine Explosion. Sie zeigen, daß die politischen und sozialen Erdmassen in Deutschland noch in Bewegung sind. Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), die sogenannte Flüchtlingspartei, wäre um ein Haar zur stärksten Partei des Landes geworden. Der einherrauschende Erfolg dieser Partei stellt den Durchbruch des fünften Standes in das politische Leben der Deutschen dar. All denen, die an den sozialen Fragen Deutschlands Anteil nehmen, muß das Stoff zum Nachdenken geben.

Die Wahl in Schleswig-Holstein macht der einzigen rein sozialdemokratischen Regierung in einem deutschen Lande ein Ende (wenn man von den Stadtstaaten Hamburg und Bremen absieht). Es war ein ziemliches Wagnis, in dem ärmsten Lande der Bundesrepublik eine rein sozialdemokratische Regierung zu bilden. Schleswig-Holstein hat nie eine starke sozialdemokratische Bewegung gehabt. Es war auch nicht reich genug, all die sozialen Maßnahmen durchzuführen, wie sie die Landesregierung gern durchgeführt hätte. Manche soziale Maßnahme mußte eher dadurch bloßgestellt werden, daß die beschränkten Mittel eine überzeugende Durchführung unmöglich machten.

1947 erhielt die Sozialdemokratie etwa 47 v. H. aller Stimmen. Damals haben wohl die Flüchtlinge im großen und ganzen für

die Sozialdemokratie gestimmt. Die Landesregierung hat in Zusammenarbeit auch mit den Gewerkschaften versucht, so gut es ging, den Flüchtlingen und den anderen Schichten zu helfen, die unter den Wagen der deutschen Katastrophe geraten waren. Aber was konnte sie Großes geben außer der Fürsorge des Alltags, die mit hingebender Anstrengung geleistet wurde. Die reichen Länder des Bundes taten nicht viel, um dem Armenhaus Deutschlands zu helfen. Es erwies sich, daß jede soziale Politik durch ein Übermaß des Föderalismus gefährdet wird. So blieben die Flüchtlinge Treibsand in der Politik. Bei den Bundestagswahlen 1949 schrumpfte die Stimmenzahl der Sozialdemokratie auf 30 v. H zusammen. Aus einem Vergleich mit den kürzlichen Landtagswahlen läßt sich folgern, daß bei den Bundestagswahlen die Flüchtlinge zu den anderen Parteien abgewandert sind, nicht zuletzt zur FDP und DP. Jetzt haben die drei Parteien des Deutschen Wahlblocks, CDU/FDP/DP, diese Flüchtlingsstimmen wieder verloren. Die Sozialdemokratie hat gegenüber der Bundestagswahl etwa 50.000 Stimmen gewonnen, und diese drei Parteien haben etwa 240.000 verloren. Beinahe genau soviel wie dieser Stimmenverlust zusammen beträgt die Stimmenzahl des BHE, nämlich 300.000.

Die Flüchtlinge sind also wieder weiter gewandert. Sie sind in der deutschen Politik noch immer auf der Flucht. Die radikalen Parteien haben diesmal im Gegensatz zur Bundestagswahl kaum Erfolge erzielt. Man muß annehmen, daß sich der Radikalismus in den BHE geflüchtet hat. So wurde offenkundig, daß die Unruhe Schleswig-Holsteins aus der Sorge und Verzweiflung der Flüchtlinge besteht.

Der Deutsche Wahlblock, der eine schleswig-holsteinische Ausgabe der Bonner Regierungskoalition ist, hat eine Mehrheit in den Landtagswahlen von Schleswig-Holstein nicht erhalten. Eine politische Gleichschaltung ist nicht erfolgt.

Die Wahl vom 9. Juli in Schleswig-Holstein ist ein Aufruhr der Flüchtlinge. Die Flüchtlinge haben sich abgesondert, trotzig und herausfordernd. Es zeigte sich erneut, daß es zwei Deutschlands in der Bundesrepublik gibt, die „zwei Nationen“, von denen Disraeli auf dem Höhepunkt des Frühkapitalismus in England gesprochen hat. Das Deutschland von 1945/50 hat keinen guten Schmelztiegel abgegeben, um diese zwei Nationen wieder zu einem Volk zusammenzugießen.

In den politischen Parteien sind bisher Enheimische und Flüchtlinge nicht sonderlich zusammengewachsen. Mindestens in ihren Wählermassen sind die Elemente wieder auseinandergefallen. Die Flüchtlinge sind als politische Masse aus ihnen wieder ausgeschieden worden. Hier setzt nun die große Aufgabe der sozialen Organisationen, nicht zuletzt der Gewerkschaften, ein. Sie können viel dazu beitragen, den Riß zu heilen, der durch das deutsche Volk geht.